



Innenausschuss

63. Sitzung (öffentlich)

11. Juni 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

1 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8650 – 2. Neudruck

Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz Drucksache 16/8650 – 2. Neudruck – wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von FDP, CDU und der Piratenfraktion angenommen.

2 Videoüberwachung transparent und nachvollziehbar gestalten: Ein öffentliches Register für Videoüberwachung in Nordrhein-Westfalen einführen **13**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5280
APr 16/814

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Antrag Drucksache 16/5280 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

3 Salafismus konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen! **19**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6127
APr 16/826

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Antrag 16/6127 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

4 Whistleblowing eine Form von Zivilcourage, die unterstützt und geschützt werden muss **37**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3437
APr 16/458

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Antrag 16/3437 wird mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

5 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der LandesplanungsgesetzDVO 39

Vorlage 16/2870

Es wird festgestellt, dass der Ausschuss den mit Vorlage 16/2870 eingereichten Verordnungsentwurf zur Kenntnis genommen hat.

6 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen 40

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/2983

7 Fall Herford: Polizisten sind nicht unfehlbar. Fehlt NRW eine unabhängige Ermittlungsbehörde? (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) 52

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/2990

Vorsitzender Daniel Sieveke: Frau Schäffer, ich darf nur daran erinnern, dass wir eine allgemeine Diskussion zu diesem Thema bereits geführt haben, und zwar im Zusammenhang mit der Polizeiausbildung. Seinerzeit ging es um Facebook-Einträge; eine Polizeianwärterin war da permanent persönlich denunziert worden, und es kam zu Mobbingfällen.

8 Neues Kriminalitätsphänomen erfassen und konsequent gegen sogenannte „Antänzer“ vorgehen! 60

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/6857

Bericht der Landesregierung und abschließende Beratung

Der Antrag Drucksache 16/6857 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

9 Polizeiausbildung verbessern: Schwerpunktstudiengänge „Kriminalpolizei“ und „Schutzpolizei“ einführen 64

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8124

Die CDU-Fraktion beantragt eine Sachverständigenanhörung. Ein Termin soll im Obleutegespräch am Rande des Juni-Plenums gefunden werden.

10 Nordrhein-Westfalen soll sich der schleswig-holsteinischen Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Abschiebehaft anschließen 65

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8448

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Innenausschusssitzung im August 2015 verschoben.

11 Nachbericht zu „Versammlungsfreiheit ade – Staatsschutz verhindert Demo-Anreise“: Pauschale Abfragen ohne Verdacht und ohne polizeigesetzliche Hinweispflicht? (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) 66

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2977

12 Prognostische Personalentwicklung der Polizei in NRW in den Jahren 2015 bis 2030 (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) 67

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2981

- 13 Jetzt scheint es auch Minister Jäger verstanden zu haben – Kein unverantwortlicher Stellenabbau bei der Polizei – FDP-Forderung nach 1.800 Polizeianwärtern als Reaktion auf absehbaren Personalarückgang bei der Polizei zeitnah umsetzen** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; *siehe Anlage*) **73**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2975
- ohne Diskussion –
- 14 Ergebnisse der Analyse der Polizeiarbeit in NRW – welche Aufgaben werden derzeit durch die Polizei in NRW in welchem Umfang wahrgenommen?** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; *siehe Anlage*) **74**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2982
- 15 Digitalfunk streikt in Hochhäusern – Polizeibeamte zur Absicherung solcher Funklöcher auf alte Analogfunkgeräte und Handys angewiesen** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; *siehe Anlage*) **75**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2976
- 16 Sachstand der Verstärkung der Behörden/Dienststellen mit zusätzlichen Stellen/Kräften zur Terrorabwehr** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; *siehe Anlage*) **77**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2980
- 17 Verschiedenes** **79**
- Die nächsten Sitzungen finden statt am Freitag, 21. August 2015, 10 Uhr (Anhörung zum Brandschutzgesetzentwurf BHKG), und am Donnerstag, 27. August 2015, 10 Uhr (Reguläre Sitzung).



Frank Herrmann

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Mitglied des Innenausschusses
Mitglied des Ausschuss für Kommunalpolitik

Landtag NRW • Frank Herrmann, MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn
Vorsitzenden des Innenausschusses
Daniel Sieveke MdL

Postfach 10 11 43
D-40002 Düsseldorf
Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

- im Hause -

Telefon: +49 (0) 211 884-4606
Fax: +49 (0) 211 884-3701
E-Mail: frank.herrmann@
landtag.nrw.de

Geschäftszeichen

nachrichtlich: Herrn Norbert Krause,
Ausschussassistent

Düsseldorf, den 29. Mai 2015

Beantragung eines weiteren Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Innenausschusses am 11. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich möchte Sie im Namen der Piratenfraktion bitten, die Beantragung eines weiteren Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung des Innenausschusses zu berücksichtigen sowie den Tagesordnungspunkt zum Nachtragshaushalt um den nachfolgenden Fragenkatalog zu erweitern:

1. Fragen hinsichtlich des Nachtragshaushalts (TOP 1)

Vor dem Hintergrund des verkürzten Beratungsverfahrens sowie der abschließenden Beratung im Innenausschuss noch vor der Anhörung im HFA wird das MIK gebeten für die unter TOP 1 aufgeführte Beratung des Nachtragshaushalts die folgenden Fragen vorab schriftlich zu beantworten:

Kapitel 03 030 Titel 684 20: Soziale Beratung von Flüchtlingen

- Wieso wird trotz steigender Flüchtlingszahlen und Bedarfe nicht nachgebessert?
- Wer nimmt die soziale Beratung wahr? Bitte schlüsseln Sie den Titel auf nach Anzahl, Standorte der Beratungsstellen, Träger und Stellen!
- Wenden die Träger Eigenmittel auf?
- Werden weitere Zentren gebaut? Welche zusätzlichen Stellen gibt es in den Kommunen?

Kapitel 03 030 Titel 81101 012: Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen

Die neuen Modelle für die Erstaufnahmen und Zentrale Unterbringungseinrichtungen sollten die Transporte von Geflüchteten verringern, denn ab 500 Personen ist es möglich, dass das BAMF eine Außenstelle einrichtet.

- Wieso findet eine Erhöhung dieser Größenordnung statt?
- Um was für „besondere Fahrzeuge für Ausreisepflichtige handelt es sich?

Kapitel 03 310 Titel 538 90: Erstellung einer Software zur Aufnahme, Verteilung und Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern (AVU Asyl)

- Wofür soll diese Software genutzt werden? Für das EASY-Verfahren oder die Datenübertragung mit dem BAMF?

- Wird das Land alle wirtschaftlichen Nutzungs- und Verbreitungsrechte an der erstellten Software besitzen?
- Wird die Wartung und Pflege dieser Software gesondert von der Softwareerstellung ausgeschrieben oder vergeben?

Wie wird der finanzielle Aufwand für die Umsetzung der Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU im Haushalt abgebildet?

Kapitel 03 310 Titel 51804: Mietsteigerung wg. vorzunehmender Änderung an der Mietsache, VE i.H.v. 19,355 Mio. €, fällig ab 2016

- Welche Änderungen sollen wann vorgenommen werden?

Kapitel 03 310 Titel 511 90: Ausstattung der Einrichtungen mit Datenleitungen und Telefon

- Werden alle Einrichtungen an das Landesnetz angeschlossen oder werden konventionelle Internetzugänge genutzt?
- Ist in der Kostenkalkulation vorgesehen den Flüchtlingen Internetzugänge bereitzustellen?
- Kapitel 03 310 Titel 519 03: Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen
- Erhöhung von 1.853.500 EUR um 12.266.400 EUR auf 14.119.900 EUR: Wie setzt sich dieser Posten zusammen?

2. Nachbericht zu „Versammlungsfreiheit adé - Staatsschutz verhindert Demo-Anreise“: Pauschale Abfragen ohne Verdacht und ohne polizeigetzliche Hinweispflicht?

Im März diesen Jahres berichtete attac, dass Bielefelder Busunternehmen im Vorlauf der „Blockupy“-Demo am 18. März in Frankfurt vom Staatsschutz in Bielefeld angeschrieben worden waren mit der Aufforderung, Informationen zu geplanten Busreisen nach Frankfurt und den Daten der Anmieter an den Staatsschutz weiterzureichen. Die Anfrage des Staatsschutzes erfolgte per E-Mail und enthielt keinerlei Informationen für die Busunternehmen zur Freiwilligkeit der Angabe gemäß PolG NRW. Vielmehr suggerierte die Nachricht, dass etwaige Busse von potenziellen Gewalttätern angemietet worden seien könnten. Das führte dazu, dass in mindestens einem Fall ein Busunternehmen eine Busreise gegenüber den Anmietern aufkündigte. Der Staatsschutz verlangte von den Unternehmen Auskunft darüber, „ob an diesem Tag Busreisen nach Frankfurt geplant sind, die mit dem Ereignis in Verbindung stehen könnten“ und „welche Personen bzw. Organisationen den Bus angemietet haben, wie viele Fahrgäste angemeldet worden sind, wo und um welche Uhrzeit die Abfahrt geplant ist und wann und wo mit der Ankunft in Frankfurt a. M. zu rechnen ist“.

Da eine derartige Maßnahme ohne einen bestimmten Zweck unzulässig ist und auch eine Überprüfung aller Personen, die der Polizei aufgrund dieser Anfrage von den Unternehmen gemeldet wurden allein aufgrund des Umstandes, dass sie auf dieser Liste stehen, sicherlich von vorneherein rechtswidrig wäre, ergibt diese Maßnahme nur dann Sinn, wenn die Behörde das Auftauchen bestimmter Personen oder Organisationen auf der Liste der von den Unternehmen gemeldeten Namen bereits erwartet oder zumindest für möglich gehalten hat. Der Behörde müssen also bereits im Vorfeld der Maßnahme bestimmte Personen oder Organisationen bekannt gewesen sein, von denen sie ausgeht, dass sie zur besagten Veranstaltung reisen könnten.

Gemäß § 9 Abs. 3 PolG NRW i.V.m. § 3 Abs. 1 DSGVO NRW richtet sich die Befragung zunächst immer erst an die betroffene, also eine bestimmte oder bestimmbar natürliche Person. Nur wenn der Ausnahmetatbestand des Satzes 2 vorliegt, können die Daten auch ohne Kenntnis der betroffenen Person, also z.B. bei Dritten erhoben werden. Beim vorliegenden Sachverhalt ist nicht erkennbar, inwiefern die Busunternehmen eine betroffene

Person i.S.d. Gesetzes darstellen. Betroffen wären vielmehr die Personen, von denen die Behörde ausgeht, dass sie auf der gemeldeten Namensliste auftauchen könnten.

Zusätzlich ergaben die Debatte im Innenausschuss am 26. März 2015 und der angeforderte Nachbericht (Vorlage 16/2939), dass das Polizeipräsidium Bielefeld schriftliche Anfragen an insgesamt 173 Busunternehmen gerichtet hatte. Diese enthielten offensichtlich alle keinen Hinweis auf die Freiwilligkeit der Auskunft (§ 9 Abs. 6 PolG NRW). Die Landesregierung rechtfertigte das Fehlen damit, dass sich die „Mehrzahl der Unternehmer aufgrund vorangegangener Befragungen“ der Freiwilligkeit bewusst gewesen seien.

Die Landesregierung wird in diesem Zusammenhang nochmals um schriftliche Stellungnahme und um die ausführliche Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- Hat die Behörde diese bestimmten bzw. bestimmbaren Personen im Vorfeld der Maßnahme zunächst persönlich angeschrieben und nach Ihren Reiseabsichten befragt? Falls nein, warum nicht?
- Warum fragte die Behörde in ihrer Anfrage auch explizit nach Organisationen, obwohl das Gesetz per Legaldefinition jedoch eindeutig nur die Befragung von bzw. über natürliche Personen zulässt?
- Welche Maßnahmen hat das Polizeipräsidium oder das Innenministerium ergriffen, damit zukünftig gewährleistet wird, dass die befragten Personen über die Freiwilligkeit einer Auskunft belehrt werden?
- Wie viele „Befragungen“ dieser Art hat das Polizeipräsidium Bielefeld in den letzten drei Jahren bereits an wie viele Busunternehmen gestellt?

Mit freundlichen Grüßen

Frank Herrmann MdL

1 **Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8650 – 2. Neudruck

Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss

Vorsitzender Daniel Sieveke: Der zweite Nachtrag ist federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie mitberatend an unseren Ausschuss und weitere Fachausschüsse überwiesen worden. Aufgrund des vereinbarten verkürzten Beratungsverfahrens führen wir heute zugleich die abschließende Beratung durch. Die Piraten haben noch Fragen eingereicht. Bezüglich der Antwort der Landesregierung wird auf die Vorlage 16/2978 verwiesen.

Sicherlich ist es sehr unglücklich, dass die Anhörung gleich erst im Haushalts- und Finanzausschuss erfolgt; aber wir haben in der letzten Sitzungsperiode und auch im Obleutegespräch darauf verwiesen, dass es vom Sitzungsverlauf her nicht anders möglich ist. Wird vor der Abstimmung das Wort gewünscht? – Herr Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Gerade weil die Anhörung erst im Anschluss an die Sitzung erfolgt, hatten wir uns erlaubt, diese Fragen einzureichen. Ich fand die Antworten sehr hilfreich; vielen Dank dafür. Trotzdem würden wir gerne vor der Abstimmung noch einige Nachfragen stellen.

Zu unserer Frage 1 – die soziale Beratung von Flüchtlingen –, die im Nachtragshaushalt jetzt nicht weiter berücksichtigt ist, führen Sie aus, dass Sie schon eine erhebliche Steigerung im aktuell beschlossenen Haushalt eingeführt haben. Das ist prinzipiell richtig; das ist auch den erhöhten Flüchtlingszahlen geschuldet. Der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen ist von den steigenden Flüchtlingszahlen stark betroffen, weil er ja auch all die Ehrenamtler, die sich melden und mithelfen wollen, koordiniert. Dessen Etat ist seit 2011 nicht mehr angepasst worden und taucht jetzt auch im Nachtragshaushalt nicht mehr auf. Da würden wir gerne wissen, warum das so ist.

Zu unserer Frage 1 b). Zunächst vielen Dank für die Aufschlüsselung. Mich würde noch interessieren, welche Fortbildungen die dort aufgeführten Mitarbeiter der psychosozialen Zentren erhalten und ob es bezüglich der Qualität der Beratungen Vorgaben seitens der Landesregierung gibt. Ist das in den Kosten berücksichtigt? Wir begrüßen übrigens sehr, dass weitere drei psychosoziale Zentren eröffnet und 40 neue Stellen eingerichtet werden.

Eine Nachfrage zu unserer Frage 4, zum finanziellen Aufwand für die Umsetzung der Aufnahmeleitlinie. Das findet ja leider nicht statt. Es ist sehr bedauerlich, dass Sie die Verantwortung zwischen Bund und Land hin und her schieben; denn eigentlich ist

ja absehbar, dass Sie in den Landeseinrichtungen etwas tun müssen. Der Bund hat schließlich gar keine Einrichtungen, wo er eine Schutzbedürftigkeit feststellen kann. Es ist schade, dass hier noch nicht einmal – ich sage mal – ein Platzhalter berücksichtigt wurde. In spätestens vier Wochen muss ein Gesetz verabschiedet sein, und dann werden Kosten anfallen. Die Frage ist, ob wir bald einen dritten Nachtragshaushalt bekommen werden und wie Sie mit dem Aufwand, der da auf uns zukommt, umgehen wollen.

Letzter Punkt: die Abschiebehaftanstalt Büren. Sie haben im Haushalt einiges ausgeführt, was Sie da machen wollen: sage und schreibe 205.000 € sofort, und in den Mietsteigerungen steckt auch noch einiges drin. Es ist sehr zu begrüßen, dass der Fenstergittertausch ausgeführt ist. Da wäre die Frage: Was ist damit gemeint? Wollen Sie die wirklich komplett rausnehmen? Mich würde interessieren, ob das in den Kosten enthalten ist.

Vergessen haben Sie leider die Antwort auf die Frage, wann die Änderungen durchgeführt werden. Das ist hier leider nicht ersichtlich. Sie haben den Mietvertrag für dreizehn Jahre abgeschlossen, so wie sich das hier darstellt. Die Frage ist: Ist das der Zeitraum der Refinanzierung der Umbaukosten? Oder ist das die Laufzeit des Mietvertrages? Was passiert, wenn vor Ablauf der dreizehn Jahre die Abschiebehaftanstalt vielleicht nicht mehr benötigt wird? Sind die Zahlungen in Höhe der Verpflichtungsermächtigungen dann trotzdem zu leisten?

StS Bernhard Nebe (MIK): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte zunächst zum Themenkomplex „Büren“ einige Ausführungen machen und Ihre Nachfragen damit auch beantworten.

Sie haben in der Tat richtig wahrgenommen – und ich will Ihnen danken, dass Sie mir Gelegenheit geben, dies hier auszuführen –, dass die Landesregierung sich dazu entschlossen hat, im Rahmen der Umbaumaßnahmen in Büren nicht nur das zu tun, was für eine Unterbringung zwingend erforderlich ist, sondern auch die Maßnahmen vorzusehen, die sicherlich aus der Perspektive derer, die dort zukünftig untergebracht werden, aber, wie ich weiß, auch aus der Wahrnehmung der – ich sage mal ganz allgemein – NGOs von hoher, beinahe symbolischer Bedeutung sind.

Ich spreche da insbesondere vom Austausch der Vergitterung sowie von weiteren Maßnahmen, wie etwa Zellenkommunikationsanlagen, neuen Schließanlagen sowie neuen Zellentüren, die ermöglichen, dass sich die dort untergebrachten Personen auch individuell zurückziehen können. All diese Maßnahmen bringen deutlich zum Ausdruck, dass die Rückkehr nach Büren nicht nur einfach den Austausch eines Türschildes bedeutet, sondern dass wir den angekündigten Paradigmenwechsel bei der Unterbringung von Abschiebehäftlingen real vollziehen.

Deshalb schlägt die Landesregierung dem Parlament vor, die erhebliche Steigerung des Mietzinses in Höhe von jährlich knapp 1,4 Millionen € im Wesentlichen für diese Maßnahmen zu investieren. Geplant ist, diese Investitionsmaßnahmen – wie immer in solchen Fällen – über eine Mietzinssteigerung zu refinanzieren. In diesem Fall gilt das für den Zeitraum bis einschließlich 2029, wenn ich es richtig sehe.

Die anderen Fragen bezogen sich im Wesentlichen auf das Asylkapitel, wenn ich das richtig verstanden habe. Die Ansätze im Bereich der sozialen Beratung basieren auf den grundsätzlichen Überlegungen, die wir mit den Organisationen vereinbart haben. Das heißt, dass wir sukzessive immer da, wo wir eine reguläre Einrichtung schaffen, auch die entsprechenden Beratungsangebote zur Verfügung stellen werden.

Nun ist aber aufgrund des Anstiegens der Flüchtlingszahlen damit nicht automatisch ein Ansteigen der Zahlen von regulären Unterkünften verbunden. Insofern gehen wir davon aus, dass die Ansätze ausreichend sind. Wir erzielen eine hohe Flexibilität dadurch, dass wir zum einen im Kontext des Verstärkungstitels und zum anderen aufgrund einer großzügigen gegenseitigen Deckungsfähigkeit der verschiedenen Titel in diesem Kapitel hohe Spielräume haben.

Zu Ihrer Frage nach der Aufnahme richtlinie. Da möchte ich sehr deutlich machen, dass ich mich Ihrer Bewertung nicht anschließe, die da lautet: „Da werden die Verantwortlichkeiten hin und her geschoben.“ Aus Sicht der Länder besteht hier eine eindeutige Verantwortung des Bundes. Es ist immer Aufgabe des Bundes, europäische Richtlinien in nationales Recht zu übertragen. Auf dieser Linie verhandeln wir mit dem Bund. Im Kontext der Gespräche zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik werden wir gleichzeitig mit den Organisationen, mit denen wir im Gespräch sind – also mit der gesamten Szene, mit dem Städtetag, mit den kommunalen Spitzenverbänden etc. –, bis zur Sommerpause zu klären versuchen – oder auch mehr als versuchen –, welche Maßnahmen tatsächlich erforderlich sind, um den Ansprüchen der Richtlinie gerecht zu werden, unabhängig von der bundesgesetzlichen Regelung.

Dann habe ich in Erinnerung, dass Sie noch eine Frage danach gestellt haben, ob damit auch die Qualifikation derjenigen, die soziale Beratungen wahrnehmen, verbunden ist. Die Antwort lautet: Ja. Wenn Sie da allerdings von mir vertiefte Ausführungen erwarten, dann müsste ich die schriftlich nachreichen.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Darum würde ich bitten!)

– Gerne.

Gregor Golland (CDU): Zunächst bedauere ich, dass der Innenminister nicht persönlich anwesend sein kann. Ich weiß nicht, ob er noch kommt.

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

– Ganz ruhig bleiben, Herr Stotko; ich habe es doch nur bedauert. Ich sehe ihn doch gerne hier.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das kam jetzt sehr glaubwürdig rüber!)

– Ja natürlich, Herr Körfges. – Dann möchte ich für die CDU anmerken, dass es ja bei dem Nachtragshaushalt um eine Mittelaufstockung in Höhe von 206 Millionen € geht, die unter anderem im Zusammenhang mit den steigenden Flüchtlingszahlen steht. Auch die CDU-Fraktion bekennt sich eindeutig zur humanitären Verantwortung unseres Landes. Insofern ist das inhaltlich nicht abzulehnen, gar keine Frage.

Allerdings stellen wir uns natürlich die Frage, was mit den im Nachtragshaushalt vorgesehenen 807 neuen Stellen im öffentlichen Dienst des Landes passieren soll und wie diese langfristig gegenfinanziert oder anderswo abgebaut werden. Da wir hier keine Lösungs- bzw. Handlungsansätze sehen – vielmehr ist weiterhin eher von einer Vergrößerung des Personalbestandes auszugehen, mit all den langfristigen Folgen –, können wir dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Wir werden uns bei diesem Punkt enthalten; das möchte ich für die CDU-Fraktion an dieser Stelle bekanntgeben.

Dirk Schatz (PIRATEN): Ich habe noch ein paar ergänzende Fragen zur Abschiebehaftanstalt. Früher gab es doch Geld für die ehrenamtlichen Mitarbeiter, sodass zumindest deren Fahrtkosten gedeckt waren. Das soll nach dem neuen Entwurf jetzt wohl wegfallen. Wieso gibt es das nicht mehr?

Außerdem sind die Arbeitsgelegenheiten der Inhaftierten weggefallen.

(Thomas Stotko [SPD]: Wir sind jetzt beim Nachtragshaushalt, nicht beim Abschiebehaftvollzugsgesetz! – Unruhe)

– TOP 1, Nachtragshaushalt, selbstverständlich. Ich frage nach der Finanzierung.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Herr Schatz, Sie dürfen Ihre Fragen stellen, und der Staatssekretär kann ja sagen, ob es etwas mit dem Nachtragshaushalt zu tun hat oder nicht. Herr Schatz, Sie haben das Wort.

Dirk Schatz (PIRATEN): Eine Frage noch: Wann finden die Baumaßnahmen statt?

Vorsitzender Daniel Sieveke: Herr Schatz, können Sie Ihre erste Frage noch mal wiederholen? Ich bin mir aufgrund der Geräuschkulisse nicht sicher, ob die Mitarbeiterin des Stenografischen Dienstes alles mitbekommen hat.

Dirk Schatz (PIRATEN): Die Gelder für die ehrenamtlicher Mitarbeiter, die es früher einmal gab, sind jetzt nicht mehr vorgesehen. Warum nicht mehr?

Zuletzt dann noch die Frage: Sie haben gerade wieder die Umbaumaßnahmen angesprochen, aber wiederum nicht gesagt, wann die stattfinden sollen.

StS Bernhard Nebe (MIK): Wenn wir nicht planen, dafür jetzt schon Mittel in die Hand zu nehmen, würden wir sie ja nicht in den zweiten Nachtrag einbringen, sondern erst in den Haushalt 2016. Sobald die Mittel da sind, werden wir selbstverständlich mit diesen Umbaumaßnahmen beginnen. Sie werden dann so schnell, wie es baulich möglich ist, realisiert.

Zu Ihrer Aussage, dass bislang Mittel für ehrenamtliche Mitarbeiter vorhanden waren und sie jetzt nicht mehr zur Verfügung stünden: Der Sachverhalt ist nicht zutreffend dargestellt. Wir haben die Haushaltstitel so übernommen, wie sie vorher auch waren; da sind keine Kürzungen vorgenommen worden.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz Drucksache 16/8650 – 2. Neudruck – wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von FDP, CDU und der Piratenfraktion angenommen.

